

Einspruch Basler Zeitung 2. Februar 2016

Zuweisung wird zum Zwang

Von Pia Amacher

Die «Elternlobby Baselland» ist entsetzt. Die Mehrheit des Landrates will keine eingeschränkte Wahlmöglichkeit des Schulhauses auf der Primar- und Sekundarstufe I für Eltern. Nur in Ausnahmefällen hätten die Erziehungsberechtigten die Möglichkeit der Schulhauswahl erhalten, wenn zum Beispiel der Arbeitsort der Eltern oder die Betreuungssituation am Mittag die Familienorganisation erleichtert hätte.

Die vorgebrachten Gründe gegen diese eingeschränkte Schulwahl, wie «zu schwierig», «kein Wunschkonzert», «nicht organisierbar», «zu teuer» oder «Bildungsferne können nicht wählen» widersprechen jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und den langjährigen Erfahrungen aus anderen Ländern mit Schulwahlmöglichkeiten. Die Mehrheit des Basler Kantonsparlaments traut weder den Eltern noch unseren Behörden die Organisation einer «Volksschulwahl» zu. Dies, obwohl wir Schweizer gerade für unser Organisationstalent und die vielen Wahlmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte bei komplizierten Vorlagen bekannt sind. Das Argument «Bildungsferne Schichten und Migranten können nicht wählen, also dürfen die Gebildeteren auch nicht!» ist ein Hohn. Passen wir uns jetzt den weniger Gebildeten an, anstatt ihnen zu zeigen, wie es geht?

Laut Prof. Dr. Philipp Sarasin, Geschichte der Neuzeit, Dr. Andreas Pfister, Sozialpädagogik, und Patrik Schellenbauer, Avenir Suisse, gibt es kaum ein anderes entwickeltes Land, in dem Eltern so wenig Freiheit in der Wahl der Volksschule haben wie in der Schweiz. Zwei Drittel der in der Schweiz befragten Sekundarschulleiter gaben in einer OECD-Befragung an, dass sie mit keiner anderen Schule im Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler stehen. Damit liegt die Schweiz auf dem vorletzten Platz von 32 OECD-Ländern. In ländlichen Gebieten dürfte der Anteil des wettbewerbsfreien Staatsschulmonopols noch höher sein. In Bildungskreisen herrscht eine Abneigung gegen Wettbewerb, obwohl Wettbewerb bekanntlich Innovation und Qualität fördert.

Das Reflexargument gegen mehr Wahlfreiheit lautet, dass die Wahlfreiheit zu sozialer Entmischung führe.

Das Reflexargument gegen mehr Wahlfreiheit lautet, dass die Wahlfreiheit zu sozialer Entmischung führe. Doch genau dies haben wir jetzt. Die Chancengerechtigkeit in der Schweiz ist laut OECD im Ländervergleich im Bildungswesen unterdurchschnittlich. Die Bildungsnähe von Elternhäusern und damit die (vermutete) Qualität einer Schule spiegeln sich in höheren Mieten der Standortgemeinde. Wer seine Kinder in einer bevorzugten Gemeinde zur Schule schicken will, zahlt über höhere Wohnkosten einen Eintrittspreis, den sich nur Gutbetuchte leisten können. Die Segregation ist also eine Folge des heutigen Systems. Studien der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) bestätigen, dass vor allem Eltern mit hohem Einkommen die freie Schulwahl ablehnen, denn sie verlören ein Privileg. Den Linken sollte dies zu denken geben.

Allein schon die Wahlfreiheit innerhalb der Volksschule wäre ein wichtiger Schritt. Dafür könnte es laut der SKBF in der Bevölkerung eine Mehrheit geben.

An der nächsten Landratssitzung haben die Schulwahl-Gegner die Möglichkeit, mit Verstand und nicht mit dem Bauch, ihren Entscheid zu korrigieren und mit einem Ja für die Überweisung des Postulates von Caroline Mall «Freie Volksschulwahl» zu stimmen.

Pia Amacher, Reinach, ist die Präsidentin der «Elternlobby Schweiz».